

DOKUMENTATION

Diese Veranstaltung wurde in enger Kooperation mit der Zukunftsakademie NRW durchgeführt.



I. AUSGANGSTHESE UND FRAGESTELLUNG DES FORUMS

„Zivilgesellschaftliche Expertise und stadtpolitische Prozesse – wie tickt die Stadt der Zukunft?“

Input: Wolfgang Kaschuba, Institut für Europäische Ethnologie, HU Berlin

- Wir erleben gegenwärtig einen grundlegenden Paradigmenwechsel: eine Entwicklung weg vom alten Modell der „fordistischen“ Stadt als „Arbeits- und Verkehrswelt“ hin zu einer neuen Idee der Stadt als „Kultur- und Lebenswelt“, in der einer urbanen Zivilgesellschaft eine zentrale, aktive wie kritische Rolle zukommt.
- Doppelter Ausgangspunkt: einerseits die „Krise der Städte“ in den 1960/70er Jahren und der damit verbundene Verlust alter Strukturen und Lebensqualitäten; andererseits eine „Kulturalisierung“ der Städte, die zugleich „top down“ (Gründung neuer Museen, Kulturhäuser, Festivals usw.) und „bottom up“ (Vielzahl der Kultur- und Bürgerinitiativen, die sich für die Gestaltung von Stadträumen einsetzen) verlief.
- Entwicklung neuer Formen einer urbanen Zivilgesellschaft in Reaktion auf: soziale Verwerfungen (Gentrifizierung und Verdrängung); ökologische Fragen; Kommerzialisierung urbaner Räume und Infrastrukturen; neue kulturelle und soziale „Stadtangebote“ ...
- Neue Relevanz von „Stadt-Wissen“: im Rahmen des alltäglichen Engagements von Kiezvereinen, interkulturellen Initiativen, Mieterbündnissen, Nachbarschaftsmuseen, urban gardening-Projekten usw. bilden sich „lokale Wissensgemeinschaften“ heraus, die „Wissen“ in neuer Weise speichern, verarbeiten und in „Interventionen“ in den Stadtraum umsetzen; sie verknüpfen hierbei häufig lokale Raumnutzungen mit digitalen Strukturen und betreiben immer auch „Stadt-Politik“, indem sie zum Teil mit der offiziellen Kommunalpolitik und Verwaltung kooperieren, zum Teil sich kritisch dazu positionieren, zum Teil neue, unabhängige Handlungsräume eröffnen. Die Vorstellungen von „Politik“ und „Zivilgesellschaft“ erweitern sich beträchtlich.
- Es stellt sich die Frage, ob und wie sich diese „sozialen Expertisen“ und „lokalen Wissensformen“, die stark auf „Teilnahme“, „Engagement“, „Praxis“ beruhen, mit den konventionellen stadtpolitischen und administrativen Strukturen verbinden und als ein Prinzip der Alltags- und Zukunftsteuerung unserer Städte etablieren lassen.

II. URBANE ZUKUNFTSVISIONEN UND ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

Input: Elke Plate, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin, Projektleiterin „BerlinStrategie | Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 (StEK 2030)“

- Vorstellung statistischer Rahmendaten (Demografie, soziale Lage der Bevölkerung, Wirtschaftsleistung, Arbeit usw.) als Ausgangspunkt für die Projektion einer zukünftigen Entwicklung Berlins
- Auftrag aus der Politik an die Verwaltung: Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes als gemeinsames, ressortübergreifendes Leitbild
- Darstellung des Prozesses „BerlinStrategie | Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 (StEK 2030)“: Analyse von Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung Berlins; Entwicklung von acht Strategien und deren Untersetzung mit Handlungsfeldern; Identifizierung von Transformationsräumen, in denen sich die Stadt besonders und mit „gesamstädtischer Wirksamkeit“ verändern wird; Begleitung des Erarbeitungsprozesses durch eine Kombination von Stadtforen, Werkstätten mit Experten und öffentlichen Stadtforen mit der Stadtgesellschaft; Einbindung von Schüler/innen und anderer „Stakeholder“ in den Kommunikationsprozess; Zeichnung von Visionen.
- Siehe für weitere Informationen: www.berlin.de/2030

Einige Fragen und Anmerkungen aus der Diskussion:

- Verfügbarkeit von freien Räumen macht Berlin attraktiv (für Kreative...); diese, gerade auch durch Künstler/innen geschaffenen Freiräume geraten mehr und mehr in Bedrängnis. Wie lassen sich freie Räume sichern? Taucht dieser Aspekt in der Entwicklungsstrategie auf? Warum gibt es keinen Ansprechpartner für Kultur in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung?
- Wie wird das Thema der wachsenden sozialen Ungleichheit (Stichwort „Wohnen“) adressiert?
- Wie wurde die Zivilgesellschaft in den Prozess eingebunden? Sind die Abstraktionsprozesse für die Entwicklung einer stadtübergreifenden Entwicklungsstrategie zu groß, um Zivilgesellschaft in ihr sichtbar machen zu können? Wie soll Zivilgesellschaft in die Umsetzung eingebunden werden?
- Handelt es sich um ein „Einspeisen“ des Wissens der Zivilgesellschaft in diesen Prozess oder um eine „Co-Kreation“ mit Zivilgesellschaft, gewissermaßen auf Augenhöhe?
- In welchen Bereichen ist Partizipation tatsächlich möglich? Wer entscheidet über die Relevanz individueller Statements in einem solchen Prozess?
- Welche Rolle spielen die Tendenzen zur Privatisierung öffentlicher Güter (Wasser, Elektrizität, Raum) in dem Stadtentwicklungskonzept? Gibt es Überlegungen für neue Modelle zu einer Zusammenarbeit privat/öffentlich?
- Kreative Stadtentwickler/innen wollen mitentscheiden. In einer gemeinsamen Stadtgestaltung gilt es Foren zu öffnen, in denen Spielregeln verhandelt werden können. Es gilt alle Faktoren und Bedingungen einzubeziehen: Wie könnte man solche Verfahren entwickeln, die alle relevanten Fragen aufgreifen?
- Der Bereich „Ernährung“ kommt in den Strategien nicht vor – wurde das Thema in den Foren diskutiert?
- Zweifel an dem Partizipationsansatz des Konzeptes: Reicht „Informieren der Zivilgesellschaft“, um von Partizipation zu sprechen?
- Welche Auswirkungen hat das Konzept auf die konkreten Stellschrauben des urbanen Zusammenlebens, etwa den Liegenschaftsfonds?

III. SOZIALE INNOVATION IN STÄDTEN AUS PERSPEKTIVE DER ZIVILGESELLSCHAFT: KONTEXTE, BEDINGUNGEN, KRITERIEN

„Strukturierter Erfahrungsbericht“ von fünf zivilgesellschaftlichen Projekten/ urbanen Initiativen entlang folgender Fragestellungen und Diskussion im Plenum:

- Wie wird aus einer „flüchtigen“ zivilgesellschaftlichen Idee eine nachhaltige soziale Innovation?
- Wie kommen urbane Initiativen an die notwendigen Kapitalien (Finanzen, Beziehungen, Allianzen, Expertise, Räume usw.)?
- Inwieweit lässt sich vom Einzelfall eines Projektes abstrahieren und eine Typologie „funktionierender“ zivilgesellschaftlicher Interventionen in stadtpolitische Prozesse entwickeln?

Input 1: Idil Efe, Bürgerstiftung Neukölln & Netzwerk Kinderpatenschaften Berlin e.V. (www.neukoelln-plus.de)

- Modell Stadtteilstiftung: Bürgerstiftung Neukölln, im Jahr 2005 als erste Stadtteilstiftung gegründet; verfügt über ein Stiftungskapital knapp über 100 000 Euro, aus dem sich kaum operativ einsetzbare Gelder ergeben; gegenwärtig erweist es sich als problematisch, neues Stiftungskapital zu gewinnen; bewusste Entscheidung gegen öffentliche Gelder und für das Modell einer Bürgerstiftung.
- „mentoring- und befriending- Programme“ als Interventionen in das städtische Zusammenleben: Mentoring-Programme zielen auf Jugendliche, Befriending-Programme auf Kinder; Fallbeispiel: „Neuköllner Talente“: <http://neukoellner-talente.de>: Begegnung zwischen ehrenamtlichen Paten und Neuköllner Kindern zumindest für 2-3 Stunden jede Woche; professionelle Begleitung durch Fortbildungen, Beratungen usw. für ein Jahr; Programm bringt Personengruppen zusammen, die sich sonst kaum begegnen würden; Beitrag zu einer „zivilgesellschaftlichen Öffnung“ und zur Entwicklung einer „lokalen Anerkennungskultur“.
- Ermöglichung der „Neuköllner Talente“ durch eine dreijährige Förderung durch „Aktion Mensch“ in einem Umfang von 240.000 Euro; 20% dieser Summe – also 60.000 Euro – mussten durch die Bürgerstiftung selbst eingebracht werden.
- Implementierung durch kontinuierliche und kleinteilige Kommunikation: lokale Verankerung und Fundraising durch eine Vielzahl von Gesprächen zum Aufbau von Kontakten zu Familien und Initiativen, zur Gewinnung von ideeller und finanzieller Unterstützung, zur Stiftung von Partnerschaften; Kooperationen mit lokalen Partnern, etwa den Wohnungsbaugesellschaften.
- Das negative Image von Neukölln im Zuge der Berichterstattung zur Rütli-Schule ließ sich damals für eine Generierung von Interesse und Unterstützung einsetzen; gleichfalls für mediale Aufmerksamkeit: diese lässt sich gerade auch durch die Entwicklung von personifizierten „Erfolgsgeschichten“ erregen.
- Kooperation mit Verwaltung: „Overheadgruppe“ der Stiftung steht im kontinuierlichen Austausch mit Verwaltung und anderen lokalen Akteuren.
- Nach dem Auslaufen der Finanzierung durch „Aktion Mensch“ bleibt die Finanzlage prekär, ein eher kurzfristiges Jonglieren mit unterschiedlichen Quellen.
- Eine Konsequenz daraus: der Zusammenschluss mit ähnlichen Projekten zum „Netzwerk Kinderpatenschaften“ auf Landesebene, u.a. um eine größere Chance zu haben, Zugang zu etablierten (Förder-)Strukturen zu bekommen.

Input 2: Lukas Fesenfeld, NAHhaft e.V., Berlin (nahhaft.de)

- Zielsetzung: Entwicklung von zukunftsfähigen Ernährungsstrategien für Städte und nachhaltigen Stadt-Land-Beziehungen; Verbreitung von saisonaler, regionaler, biologischer Nahrung insbesondere in den Großküchen der Stadt; Anknüpfung an den Beschluss des Berliner Senats aus dem Jahr 2006, Großkantinen auf nachhaltige Ernährung umzustellen; Bündelung unterschiedlicher ernährungsbezogener Aktivitäten; Aufbau eines öffentlichen Interesses an diesem Themenbereich; ggf. zukünftige Mitwirkung am Aufbau von Food Policy Councils, wie sie in einigen nordamerikanischen Städten bereits bestehen.
- Entstehungszusammenhang: Entwicklung als ein studentisches Projekt durch Stipendiat/innen des Studienkollegs zu Berlin und Studierende der Hertie School of Governance und der Hochschule Eberswalde.
- Selbstverständnis: eine zivilpolitische Organisation, die konstruktiv mit den unterschiedlichen relevanten Akteuren – etwa Kantinenchefs, Verwaltungen usw. – zusammenarbeiten und hierdurch Impulse setzen möchte; social entrepreneurs
- Arbeitsweisen: Herstellung von Kontakten zwischen Berliner Großküchen und Landwirten der Region; Vermittlung von Wissen & Aufbau eines wechselseitigen Vertrauens; Organisation von Aktionswochen in Mensen mit regionalem Ernährungsangebot und Ständen von regionalen Nahrungsproduzenten; Organisation von Vorträgen und Runden Tischen; Ernährungsbildung an Schulen; eigene Forschungen, bzw. Bündelung von Forschungen zu den genannten Arbeitsschwerpunkten; Vorbereitung eines Modellprojektes, das nachhaltige Ernährungsstrategien auf Bezirks- oder Stadtteilebene umsetzen wird.
- Finanzierung/Netzwerk/Unterstützer: GLS Gemeinschaftsbank; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Heinrich-Böll-Stiftung berät bei der Entwicklung als „social entrepreneur“ und bei der Ausarbeitung von EU-Anträgen; der Aufbau einer Finanzierungsstrategie, die auf Eigenmitteln, öffentlicher Förderung und Stiftungsgeldern aufbaut, erweist sich als herausfordernd und langwierig.

Input 3: Achim Konrad, Utopiastadt, Wuppertal (neu.clownfisch.eu/utopia-stadt)

- „Utopiastadt ist ein kreativer Cluster. Es ist die Initialzündung eines andauernden Kultur- und Gesellschaftskongresses mit Ambitionen und Wirkung.“ Soweit die einleitende Selbstbeschreibung unter <http://utopiastadt.eu>; Utopiastadt initiiert Stadtgestaltungsprozesse, die lokal und überregional wirken; Utopien, visionäre Ideen und gesellschaftliche Grundüberlegungen werden durch eine äußerst heterogene Gruppe von Akteuren erarbeitet und realisiert. Es ist das Angebot eines Möglichmachens und orientiert sich am Ethos des eigenverantwortlichen Ergreifens von Initiative - „Man muss es halt machen“. Freiräume für Kultur und Kreativität werden vor dem Hintergrund knapper kommunaler Kassen geschaffen und so wird trotz der zunehmend geringer werdenden öffentlichen Förderung von Kreativen und Innovationspotenzialen diesen Raum gegeben.
- Ausgangspunkt/Entwicklung: Ausgehend von der fünften Ausgabe des »clownfisch statementmagazin« und des begleitenden Prozesses, in dem eine intensive und vielschichtige Auseinandersetzung mit Utopien stattfand, wurde zunächst ein ehemaliges Fabrikgebäude für die Dauer eines Jahres bespielt; es entstand die Notwendigkeit, dem „Unort Utopia“ einen Ort zu geben. Dieser wurde im Gebäude des ehemaligen „Bahnhofes Mirkes“ gefunden, das dem »clownfisch« zur Entwicklung Utopiastadts von der Sparkasse verpachtet wurde. Dieses Gebäude gibt nun einem stetig wachsenden Cluster eine Heimat, es findet sich eine breite Vielfalt und hohe Dichte unterschiedlichster individueller wie kollektiver Kompetenzen.

- Praxis: Utopiastadt bietet unterschiedlichen Akteuren und Initiativen einen Möglichkeitsraum zur Selbst- und Ideenverwirklichung, immer mit dem Blick auf die Entwicklung von Stadt und Gesellschaft. Hier kommen zusammen: coworking space, Café Hutmacher, Fahrrad-, Holz-, Metallwerkstätten, kostenloser Fahrradverleih, urban gardening, diverse Workshops aus Kunst und Kultur, food sharing; hackerspace, Freifunk, open data day (hier u.a. eine Initiative zur Visualisierung des städtischen Haushaltes); Initiative zur dezentralen Energieversorgung; Gastgeber für Ausstellungen, Konzerte, Symposien usw.; Betonung der Eigeninitiative und -verantwortung. Zentral ist immer das themenspezifische Zusammenfügen von Personen, Infrastrukturen, Mitteln usw.
- Finanzierung/Partner/Unterstützer: bisher primär eine privatwirtschaftliche Finanzierung, so finanziert etwa der Mietanteil des Cafés auch den Mietanteil der Werkstätten. Noch ist Utopiastadt eher ad hoc, als langfristig abgesichert. Die langfristige finanzielle Absicherung ist gemeinsam mit einer gemeinnützigen Utopiastadt GmbH in intensiver Vorbereitung. Verschiedene Personen und Organisationen tragen mit Geld- und Sachspenden zum Gelingen des Projekts bei. Neben vielen anderen Partnern und Unterstützern beforcht das Wuppertal Institut gegenwärtig die Auswirkungen Utopiastadts auf das umliegende Quartier.

Input 4: Vilim Brezina und Svenja Noltemeyer, die Urbanisten e.V., Dortmund (www.dieurbanisten.de)

- Organisationsform/Finanzierung: Gründung 2010 als gemeinnütziger Verein; heute gut 30 Mitglieder; Zusammenschluss von Stadt- und Raumplaner/innen, Informatiker/innen, Designer/innen, Sozialpädagoge/innen etc.; ursprünglich gedacht als offenes und loses Netzwerk und Hilfsstruktur zur Umsetzung von Ideen; Verstetigung durch die Anmietung eines Büros in Dortmund; Finanzierung über Anträge, die Einzelpersonen oder Kleingruppen stellen und einen Teil des Volumens an den Verein abgeben; der Verein ist somit ein „Mittel zur Handlungsfähigkeit“.
- Ausgangspunkte: ursprünglich der Wunsch, Street Art zu dokumentieren, aus dem der Aufbau eines entsprechenden Archivs folgte; Wahrnehmung, dass sich die Menschen im Ruhrgebiet (bis vor einigen Jahren) kaum traut(en), in den öffentlichen Raum verändernd einzugreifen; dominante Haltung, dass man als Bewohner/innen für den öffentlichen Raum nicht zuständig sei; Beobachtung einer langsamen Veränderung dieser Einstellung, an der die Urbanisten mitwirken.
- Zielsetzung: im Zentrum stehen Fragen des Umgangs mit öffentlichem Raum, bzw. seiner Gestaltung sowie die Vorstellung, dass Bewohner/innen ihren Wohn- und Lebensraum eigenverantwortlich mitgestalten sollen; Aktivierung unterschiedlicher lokaler Ressourcen für kreative Stadtveränderungsprozesse in jeweiligen, projektbezogenen, interdisziplinären Arbeitsgruppen; Entwicklung einer Beteiligungskultur, die Lebensqualität vor Ort interaktiv und nachhaltig steigert.
- Praxis/Arbeitsweisen: Parallele Adressierung des Ruhrgebietes als zusammenhängenden urbanen Raum und als Ansammlung von lokalen Quartieren; projektbezogene Arbeitsweise vor Ort und in Nachbarschaften; etwa: kreative Umgestaltung von Energieverteilekästen; Umgestaltung, Entwicklung oder Belebung von öffentlichen Räumen, leerstehenden Gebäuden, Innenhöfen, Spielplätzen; Anlage von Gemeinschafts- und Bürgergärten; Graffiti- und Street Art-Projekte usw.

Input 5: Barbara Meyer, Internationales JugendKunst- und Kulturhaus Schlesische 27, Berlin (www.schlesische27.de und cucula.org)

- Organisationsform/Finanzierung: Kunst- und Kulturhaus in Kreuzberg mit festem Quartier in der Schlesischen Straße, in Trägerschaft eines Vereins; Zusammenfluss privater und öffentlicher Gelder: Basisfinanzierung durch das Land Berlin, Finanzierung der Programme durch unterschiedliche nationale und europäische, private und öffentliche Förderquellen; Förderverein, in dem sich Personen aus der Wirtschaft, dem öffentlichen Leben, Kunst- und Kulturschaffende usw. engagieren; das Kunst- und Kulturhaus hat acht feste Mitarbeiter/innen und ca. 50 Honorarkräfte.
- Arbeitsschwerpunkte: Programme für Menschen bis 27 Jahren in insgesamt sieben Themensträngen; pro Jahr Bearbeitung einer zentralen Frage; im Zentrum stehen hierbei ästhetische Erfahrungen und Forschungen mit Kindern und Jugendlichen, häufig im Rahmen von sozialen Interventionen in die Stadt; ästhetische, erfahrbare Dimensionen – wie schaut die Stadt aus? – als Ausgangspunkt; Internationaler Jugendaustausch als weiterer Schwerpunkt: einerseits Durchführung von multilateralen Kooperationsprojekte mit Partnern in Europa, im Nahen Osten usw.; andererseits praxisnahe Entwicklung eines neuen Begriffs von „Internationalität“ in der Jugendarbeit durch die Einbeziehung der lokal vorhandenen Internationalität, etwa durch die Arbeit mit jungen Flüchtlingen.
- Praxis: künstlerische und gestalterische Werkstätten für Kinder/Jugendliche; internationale Austauschprojekte; Auseinandersetzung mit „Wohnen“ in der Stadt (Projekt: „Wohnwut“); Ausbildungsprojekt für Geflüchtete im Rahmen eines „ökonomisch tickenden Manufaktur-Betriebsexperiments“ (Projekt: Refugees Company for Craft und Design) u. v. m. .
- Neue Allianzen: Diskussionen über „Migration“, „Aufenthalt“ usw. nicht in den alten Kontexten – Sozialarbeit, Kunst, Kultur – führen, sondern neue Allianzen mit Wirtschaftsvertreter_innen und den ihnen nahestehenden Medien (FAZ, Wirtschaftswoche) aufbauen: vor dem Hintergrund des „Facharbeitermangels“ entsteht hier im Rahmen einer ökonomischen Rationalität ein neues Interesse an Kooperationen mit Flüchtlingen.
- Strategien/Sprache: statt von „Utopien“ von dem „Prärealen“ sprechen – Bilder kreieren und in Umlauf bringen, die deutlich machen, dass gewisse Veränderungen „auf dem Weg“ und somit bald real sind; Überlegung, die eigenen Aktivitäten nicht mehr als „Projekte“ zu bezeichnen (und somit ihre zeitliche Begrenzung anzudeuten), sondern von „Unternehmen“ zu sprechen, um im Kontakt mit potentiellen Geldgebern und Kooperationspartnern die Langfristigkeit des Anliegens deutlich zu machen.

IV. URBANE INITIATIVEN IN DER LOKALEN PRAXIS: STADTRAUMERKUNDUNGEN ENTLANG DER POTSDAMER STRAÙE

Spaziergang 1: **Partizipative Stadtraumgestaltung?**

Matthias Bauer, Aktionsgemeinschaft Gleisdreieckpark e.V

- Während dieses Spaziergangs ging es um die Frage, unter welchen Umständen, mit welchen Strategien und durch welche Bündnisse und Organisationsformen es zivilgesellschaftlichen Initiativen gelingen kann, nachhaltig stadtplanerische Prozesse mit zu gestalten. Das Beispiel bildete der Gleisdreieckpark zwischen Schöneberg, Kreuzberg und Mitte, der in den letzten Jahren auf einem ehemaligen Bahngelände entwickelt worden ist. Vor und auch nach dem Fall der Berliner Mauer gab es Pläne, hier eine Stadtautobahn („Westtangente“) zu errichten – dieses „Projekt“, das auch den Abriss von Wohnhäusern im Schöneberger Norden erfordert hätte, bildete einen wesentlichen Hintergrund für die Entwicklung von Bürgerprotesten und -initiativen sowie deren langfristige Beschäftigung mit diesem Stadtraum.
- Einige Themen und Diskussionspunkte während der Führung:
 - Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Gleisdreieckparks und des zivilgesellschaftlichen Beitrags zu seiner Entstehung; zeitweiliger diskursiver Gegenwind: Warum sollen „wir“ „denen“ einen Park geben, den „die“ dann nutzen, um ihn zuzumüllen, Prostitution zu betreiben, Drogen zu nehmen?
 - Interaktionen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung als zentrales Element von „Partizipation“: Wie können solche Gespräche anders ablaufen und wie kann man die Verwaltung dazu bewegen, stärker „nach draußen“ zu gehen? Aus Perspektive zivilgesellschaftlicher Akteure stellt es sich als Problem dar, dass Vertreter_innen der Verwaltung nur auf Stippvisite „in die Realität gehen“ – man bekommt sie nicht wirklich zu greifen.
 - Vorschlag zu Veränderungen der juristische Rahmenbedingungen von Partizipation: das Baugesetzbuch und weitere Gesetzestexte müssten in einer Weise geändert werden, dass sich Verwaltungen von Beginn an zur Initiierung von Bürgerbeteiligung gezwungen sehen.
 - Vorschlag zum Umgang mit Privatisierungen von öffentlichem Raum: Wäre es denkbar, von Privatinvestoren zu fordern, dass sie eine regelmäßige Nutzungsgebühr für den Raum, den sie der Öffentlichkeit entziehen, entrichten? Das Geld könnte zur Finanzierung lokal wirksamer Projekte genutzt werden.
 - Asymmetrisches Verhältnis zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft: es gilt eine Gegenexpertise aufzubauen, um mit der Verwaltung überhaupt in Austausch treten zu können: Lässt sich ein Anrecht von Bürgerinitiativen auf eine entsprechende juristische Beratung gesetzlich verankern? Lässt sich Verwaltungswissen auf andere Weise öffentlich zugänglich und nutzbar machen als bisher?
 - Einwurf zur Beziehung zwischen Verwaltung und Politik: es handelt sich hierbei nicht um einen monolithischen Block; Vertreter der beiden Bereiche sind häufig nicht einer Meinung.
 - Organisationsmodelle und ihre Zukunft: aktuell hat „Grün Berlin“ die Pflege des Gleisdreieckparks inne; 2017 wird der Park in die Zuständigkeit des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg übergeben; es besteht die Sorge, dass die Pflege dann aufgrund der knappen Mittel des Bezirks weniger

gründlich ausfallen wird; Diskussion zu geeigneten Organisationsformen (Stiftung...), um dem entgegenzuwirken.

- Landbesitz: Wem gehört das Land? Gestaltungsspielraum für Partizipation gäbe es nur bei staatlichem Grundbesitz, weshalb Privatisierungen sehr unglücklich wären.
- (Klein-)Raumkonflikte im Kontext der Umgestaltung: auf dem Gelände befand sich auch eine Kleingartenkolonie, an deren Stelle Sportanlagen entstehen sollten; die Kleingärtner_innen protestierten mit Unterstützung der AG massiv. Im Rahmen einer „paradoxen Intervention“ konnte man nachweisen, dass die Sportanlagen nur an einer anderen Stelle passen würden, wo sie politisch jedoch nicht gewollt waren. Als Kompromiss wurde ein Sportplatz auf dem Dach eines Baumarkt-Neubaus am Rande des Parkes eingerichtet sowie vereinbart, dass frei werdende Parzellen in Gemeinschaftsgärten umgewandelt werden (etwa nach dem Beispiel von „interkulturellen Gärten“, wie es sie in der Umgebung bereits gibt).

Spaziergang 2: **Leben in Diversität?**

Christiane Howe, Co-Initiatorin einer Bürgerausstellung zur Straßenprostitution

- Während dieses Spaziergangs in und um die Kurfürstenstraße in Berlin ging es um die dort und in der unmittelbaren Umgebung bestehende Straßenprostitution. Ein Fokus wurde auf die verschiedenen Akteursgruppen und die resultierenden Konstellationen, Konflikte und verschiedenen Interessen gelegt. Erwähnte Akteursgruppen waren dabei Sexarbeiter_innen, Freier, Anwohner_innen, Personen aus naheliegenden Kultur-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Einzelhändler_innen, Polizist_innen, Stadtreinigungsmitarbeiter_innen und die zuständigen Behörden. Konkrete Konflikte sowie Maßnahmen im Kiez wurden benannt und an Beispielen aufgezeigt. Eine entscheidende Frage war dabei, wie eine möglichst konstruktive Diskussionsebene und ein möglichst konfliktfreier Zustand für alle betroffenen Akteursgruppen erreicht werden kann, ohne die vermeintlich einfachen Lösungsansätze Repression, Verdrängung oder Verbot von Prostitution zu erwägen. Im Anschluss wurde eine Ausstellung im Kiez besucht, bei der 30 Bürger_innen rund um die Kurfürstenstraße porträtiert und ihre Kritik und Visionen zum Thema Nachbarschaften und Straßenprostitution auf Plakaten festgehalten und so der Öffentlichkeit präsentiert wurden.
- Einige Themen während der Führung:
 - Eine „Not-in-my-backyard-Haltung“ ist bei verschiedenen Akteursgruppen feststellbar.
 - Orte der Prostitution verschieben sich in zeitlichen Abständen immer wieder durch bestimmte Einflüsse (etwa Polizeikontrollen und Versuchen diesen auszuweichen). Das Gesamtgebiet der Prostitution erweitert sich hierdurch nicht oder nur selten, jedoch entsteht bei vielen Anwohner_innen genau dieser Eindruck („Jetzt stehen die sogar schon hier.“).
 - Es gibt zwei behördliche Zuständigkeiten, da das Gebiet der Straßenprostitution in den Bezirken Mitte und Schöneberg liegt; Kurfürstenstraße ist exakte Grenze beider Bezirke. Es folgt eine Verschiebungs- bzw. Konkurrenzlogik unter Behörden (bspw. Polizei); Prostituierte wissen diesen Umstand zu ihrem Vorteil zu nutzen. Behördliche Zusammenarbeit könnte möglicherweise im Sinne aller Akteur_innen verbessert werden.
 - Prostitution ist mit Migration (zunehmend aus Südosteuropa) verbunden und folglich findet eine Internationalisierung statt, aber es fehlt ein Dialog („Kulturaustausch“) der Gruppen im Kiez.

- Phänomene globalen Wandels verdichten sich hier/werden sichtbar → Es kann nicht nur auf lokaler Ebene gedacht werden.
- Fragen, Ideen und Meinungen aus der Gruppe:
 - Was bringt Beteiligung und Einbeziehung verschiedener/vieler Gruppen, wenn letztendlich keine Interventionen auf Basis der Ergebnisse stattfinden?
 - Wie kann am Beispiel der Prostitution im Umfeld der Kurfürstenstraße das Thema „Lebensqualität in Städten“ behandelt werden?
 - Grundfragen des Zusammenbringens verschiedener Interessen bei zivilgesellschaftlicher Partizipation wird an diesem Beispiel sehr gut deutlich.
 - Aufgabe der Wissenschaft ist nicht, tautologisch Argumentationen/ Problemdefinitionen zu wiederholen, sondern eine klare, kritische Analyse und Debatte anzustrengen.
 - Die Gründung eines „Laufhauses“ als öffentliche Einrichtung stand schon einmal zur Debatte und wurde u.a. mit folgendem Einwand abgelehnt: „Wenn die Prostitution hier formalisiert wird, kommen noch mehr.“
- Weitere Informationen zur Ausstellung unter: <http://www.netzwerk-stadtraumkultur.de/index.php/projekt-nachbarschaft-und-prostitution>

Spaziergang 3: Gegendruck?

Antje Grabenhorst, Interessengemeinschaft Großgörschen & Katzler

- Während dieses Spaziergangs durch die Katzler- und Großgörschenstraße ging es im Kern um die Aktivitäten, Umgangsweisen, Bündnisse, Proteste usw., die Mieter_innen mehrerer Häuser im Kiez entwickelt und initiiert haben, seitdem sie im Dezember 2013 von dem drohenden Verkauf ihrer Häuser erfahren hatten. Im Zentrum stand weiterhin die Frage, ob und in welchem Umfang sich ein lokaler Gegendruck gegen großflächige ökonomische und/oder politische Prozesse (etwa die Entwicklungen auf dem Berliner Immobilienmarkt) erfolgreich organisieren lässt.
- Hintergrund: Die Häuser in der Großgörschenstraße 25, 26, 27 und der Katzlerstraße 10 & 11 befinden sich im Besitz der bundeseigenen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die BlmA entschied, diese Häuser über ein Bieterverfahren zu veräußern. Bei einem solchen Verfahren zählt alleine der Höchstpreis als maßgebliches Entscheidungskriterium; soziale Faktoren oder andere, gemeinwohlorientierte Aspekte bleiben unberücksichtigt. (Offensichtlich ist die BlmA durch die Bundespolitik dazu angehalten, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen, um diesen dem Bundeshaushalt zuführen zu können.) Die Sorgen der Mieter vor Verdrängung aus ihren Wohnungen nahmen zu als die Verhandlungen zwischen der BlmA und der berlineigenen GEWOBA an den Preisvorstellungen des Verkäufers scheitern: das Angebot der GEWOBA wurde als zu gering eingeschätzt, denn die BlmA forderte mindestens 7,1 Millionen, was der 32-fachen Jahresmiete entspricht. Ein so hoher Kaufpreis – so die Vermutung der Mieter – würde sich nur durch umfangreiche Renovierungen, Mieterhöhungen, Wohnungsaufteilungen, Austausch der Mieterschaft usw. rekapitalisieren lassen.
- Aktivierung und Protest: Mieter organisierten sich gleich im Dezember 2013 in der Interessengemeinschaft Großgörschen & Katzler (IG GroKa) und initiierten seitdem eine Vielzahl von Aktivitäten, um durch die Schaffung von Öffentlichkeit und Allianzen den drohenden Verkauf zu verhindern:
 - „Begleitung“ von möglichen Käufern bei ihren Besichtigungen der Häuser durch größere Gruppen „resistenter Mieter“;

- Sichtbarmachung des Protestes durch das Anbringen von Protestbannern und –postern an den Häusern;
- Initiierung von Demonstrationen vor den Häusern, an anderen Verkaufsobjekten in der Stadt und an Orten der Politik;
- Organisation von eigenen Veranstaltungen zu den Häusern sowie Mitmachen bei Veranstaltungen anderer Akteure zu den Themata „Mieten“ und „Verdrängung“;
- Einbindung des Stadtteils durch Nutzung von Foren der lokalen Öffentlichkeit oder Kontaktaufnahme zu anderen Mieterinitiativen in der Nachbarschaft
- Kontaktaufnahme und seitdem regelmäßiger Kontakt zu Bezirks-, Landes- und Bundespolitiker_innen;
- kontinuierliche Pressearbeit;
- Erarbeitung von genossenschaftlichen Modellen zu einer möglichen Selbst-Übernahme der Häuser durch die Mieter_innen; Beschäftigung mit und Weiterentwicklung von Modellen, wie sich Wohnen in der Stadt anders organisieren ließe (etwa revolvierende Fonds ...)
- Entwicklung von konstruktiven Vorschlägen zur Rettung der Häuser, siehe hierzu: <http://iggroka.de/wir-sind-noch-zu-retten>
- Weitere Informationen unter: <http://iggroka.de>

Spaziergang 4: Lokale Selbstorganisation?

Regine Wosnitza & Jörg Borchardt, IG Potsdamer Straße und Quartiersräte Tiergarten Süd

- Während dieses Spaziergangs durch das Quartiersmanagementgebiet Magdeburger Platz im Berliner Bezirk Mitte (Flottwellstraße, Gleisdreieckpark, Lützowstraße und einen Teil der Potsdamer Straße) ging es um die Möglichkeiten und Formen einer Bürgerbeteiligung in diesem Gebiet und die Aktivitäten der Interessengemeinschaft Potsdamer Straße.
- Hintergrund: Die Interessengemeinschaft Potsdamer Straße (IGP) besteht seit 1986. Ursprünglich gegründet als Vertretung von Gewerbetreibenden, die die damalige Situation (hoher Konsum von Drogen in Verbindung mit dem Straßenstrich, hohe Dichte von Bars und Bordellen) nicht länger dulden wollten, ist die IGP heute ein Zusammenschluss von Gewerbetreibenden, sozialen Institutionen und Anwohner_innen, die sich für ein verträgliches Miteinander aller im Gebiet lebenden und arbeitenden Menschen einsetzen. In ihrer gesamten Länge verläuft die Potsdamer Straße durch Quartiersmanagementgebiete (Magdeburger Platz in Berlin-Mitte und Schöneberger Norden in Berlin-Schöneberg). IGP-Mitglieder sind in beiden Quartiersräten vertreten und über die Mitglieder hinaus in lokalen Initiativen tätig. Die Arbeit der IGP wird fast ausschließlich ehrenamtlich ausgeübt, die IGP hat verschiedene Projekte des Programmes „Soziale Stadt“ als Träger begleitet.
- Zur Zeit ist das Gebiet von großen Baumaßnahmen geprägt. Im östlichen Bereich entsteht ein Neubaugebiet für circa 1.500 Menschen und es gilt diese in das Gebiet, in dem heute circa 8.000 Menschen leben zu integrieren. Die Zuzügler haben durchweg einen anderen sozialen Hintergrund (höhere Einkommen, andere Familienstrukturen etc.) als die bereits im Kiez lebenden Menschen (hohe Arbeitslosigkeit, 50% mit Migrationshintergrund etc.). Im Gebiet sind bereits jetzt Mieterhöhungen zu spüren. Das lokale Gewerbe (kleiner Einzelhandel, viel migrantisches Gewerbe) ist noch nicht auf die Zuzügler_innen eingestellt.

- Aktivitäten: Der Quartiersrat Magdeburger Platz und die IGP engagieren sich seit vier Jahren in der aktiven Gestaltung des Neubaugebietes in der Flottwellstraße und haben sich an der Gestaltung des Umbaus Gleisdreieckpark beteiligt. Im Neubaugebiet standen Fragen der Verkehrsplanung an erster Stelle, da diese von den zuständigen Behörden der beteiligten Bezirksamter Berlin-Mitte und Berlin-Kreuzberg vollständig vernachlässigt wurden. Durch öffentliche Workshops wurden hier Öffentlichkeit und Verwaltung auf die zu erwartenden Probleme sensibilisiert. Der Quartiersrat initiierte ein Projekt, dass die Verkehrsplanung professionell untersuchte und in weiteren öffentlichen Veranstaltungen erfolgreich mit den Beteiligten abstimmte.
- Die Potsdamer Straße im Gebiet Magdeburger Platz ist von kleinem Einzelhandel geprägt. Dieser ist teilweise seit mehr als 10 Jahren ansässig, ist jedoch sehr kleinteilig organisiert und wird in Familienbetrieben geführt. Die bestehenden Restaurants und Cafés erzielen ihr bestes Geschäft durch die im Gebiet der Potsdamer Straße arbeitenden Menschen. An den Wochenenden sind sie zumeist geschlossen. Diese Situation ist bisher noch unattraktiv für die vielen Galerien, die sich in den letzten drei Jahren im Gebiet angesiedelt haben. Auch die Gäste der bestehenden und Zahl ansteigenden Hotels nutzen die lokalen Einkaufs- und Gastronomieangebote kaum. Die Aktivierung der Gewerbetreibenden ist aufgrund von Arbeitsüberlastung aber auch aufgrund fehlenden Marktwissens sehr schwierig. Hier wird in nächster Zeit von der IGP verstärkt Überzeugungs- und Beratungsarbeit zu leisten sein.
- Ausblick: Bis Ende 2016 läuft das Quartiersmanagementverfahren im Gebiet Magdeburger Platz aus. Diese Entwicklung wird durch ein Projekt des Quartiersrates begleitet. Es sollen bestehende Netzwerkstrukturen so gestärkt und neue Strukturen geschaffen werden, damit die Vernetzungsarbeit der vergangenen Jahre nicht verloren gehen. Die IGP sieht hier eine wichtige Aufgabe und ist sehr daran interessiert, diese Entwicklung aktiv zu begleiten. Aufgrund des Quartiersmanagementverfahrens der letzten 15 Jahre besteht zwar bereits eine gute Verbindung zu den Bezirksamter, doch werden sich die neuen Gremien der Bürgerbeteiligung hier ein neues Standing erarbeiten müssen.
- Es zeigt sich immer mehr, dass die Ziele der IGP allein durch ehrenamtliche Arbeit nicht zu erreichen sind. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wird darüber reflektiert, wie die Arbeit professionalisiert und nachhaltig gestaltet werden kann. Das stellt die aktiven Mitglieder des Vereins vor neue Aufgaben, für die sie teilweise auch geschult werden müssen bzw. ihr bereits vorhandenes Wissen vertiefen müssen. Gleichzeitig ist zu bedenken und mit den Mitgliedern zu diskutieren, welchen Grad und welche Form der Institutionalisierung angestrebt wird.
- Weitere Informationen unter: www.ig-potsdamer-strasse.de

V. PERSPEKTIVEN FÜR DAS FORUM: MÖGLICHE THEMENFELDER UND AKTIVITÄTEN

Das Forum endete mit einer Diskussion zu möglichen Fragestellungen und Aktivitäten, die im Rahmen des entstehenden SEiSMiC-Netzwerkes in Deutschland weiter verfolgt, bzw. realisiert werden könnten. Die unterschiedlichen Beiträge wurden durch die Veranstalter zu vier übergreifenden Themenfeldern zusammengeführt. Siehe hierzu das Poster, das den bisherigen Verlaufs des Projektes SEiSMiC in Deutschland darstellt:

Poster von SEiSMiC Deutschland beim SEiSMiC International Launching Event
(24.–25. November 2014 in Brüssel)

KONTAKT UND WEITERE INFORMATIONEN

Jens Adam

Institut für Europäische Ethnologie (www.euroethno.hu-berlin.de)

Humboldt-Universität zu Berlin

Mohrenstraße 40/41

10117 Berlin

adamjens@hu-berlin.de